

Das Feld der Ehre : (Antwort auf eine Zuschrift) an Herrn Dr. G.S. in Salzburg

Autor(en): **Brauchlin, E.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **48 (1965)**

Heft 5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-411307>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

guten Gründen gegen diese eigenartige und widerspruchsvolle Partnerschaft — er drang aber nicht mehr durch. Nun setzt der Kirchenrat, seiner eigenen guten Sache sicher, die Abwehr gegen jenes unverständliche Synodalvotum fort, so auch in dem vielbeachteten Artikel in der «Reformatio» vom Januar 1965, p. 13, «Zum Problem Kirche und Staat», Verfasser dieses Artikels ist der Präsident des Kirchenrates, Pfarrer Walter Sigrist. Unser Bravo gilt im ganzen dem Kirchenrat und seiner Abwehraktion, es gilt aber besonders diesem Artikel des Kirchenratspräsidenten selbst.

Der Grundgedanke dieses Artikels lässt sich deutlich herausstellen und formulieren wie folgt: Wenn man denn schon, über die Trennung hinaus, Kirche und Staat noch weiter auseinanderhalten und die Autonomie der Kirche über die Trennung hinaus vertiefen will, so ist es inkonsequent und unverständlich, dass dieselbe Kirche sich nun doch wieder in die Abhängigkeit, in die finanzielle und eventuell gefährliche Abhängigkeit vom Staat zurückmanövriert, indem sie sich vom Staat finanziell halten, ja aushalten lassen will. Wir lassen den Kirchenratspräsidenten Pfarrer Sigrist in einzelnen seiner Argumentationen und Formulierungen am besten selbst zu Worte kommen:

«Entgegen dem so sehr verfochtenen und in vorangehenden Diskussionen gerühmten Prinzip, dass vom Staat her keine Auflagen gemacht würden, dass also die Kirche zu voller Autonomie gekommen sei, wird jetzt, wo es um das Geld geht, der Kirche ein Weg vorgezeichnet, der ihr — mindestens in kritischen Zeiten — die Freiheit der Entscheidung nimmt oder doch nehmen kann.»

«Der Staat wird die für die Kirche benötigte Summe in seinem eigenen Steuerhaushalt mitrechnen und als Staatssteuer dem Bürger auferlegen müssen. Wir fragen: Ist es richtig, der Kirche angemessen und würdig, das, was sie braucht und effektiv kostet, unter verschiedenen Namen zu nehmen, aber für den steuerzahlenden Bürger und Kirchengenossen unübersichtlich, wenn nicht gar unersichtlich, darzustellen? Müsste nicht die Kirche aus einer ihr eigenen ethischen Verpflichtung auch im Finanzwesen ganz einfach ehrlich sein? Der Bürger wird in Tat und Wahrheit kaum wissen, dass er mit der Staatssteuer auch die Kirche bezahlt.»

«Wo die Kirche im Ueberschuss lebt, wird sie nun eben noch grösser, noch schöner, noch überzeugender bauen. Sie wird sich noch besser, noch intensiver mit Personal ausstatten. Sie wird noch und noch versuchen, ihr Personal dem staatlichen gleichzustellen. Es ist die Frage, ob die Kirche dann einmal Diener Gottes an der Welt oder Religionsbeamte zu besolden haben wird.»

«Zum Schluss möchten wir noch einmal darauf verweisen, dass eine vereinigte Kirche die Staatsbeiträge gar nicht braucht. Die Kirche in Basel-Stadt lebt seit 50 Jahren aus einer Steuer vom Einkommen natürlicher Personen.»

«Die Kirche von Basel hat das Zutrauen zu den städtischen wie zu den basellandschaftlichen Kirchengliedern, dass sie ihre Kirchen weiterhin tragen werden. Sie sieht keinerlei Notwendigkeit, ihre fünfzigjährige Geschichte der Aussonderung vom Staat zu revidieren.»

«Kann die Kirche in allen Dingen, von der Kontrolle des Religionsunterrichts bis zur Gestaltung kirchlicher Abstimmungen, den Staat als etwas Kirchenfremdes ausschliessen, ihm jede Mitsprache verweigern, dann aber, wenn es um Beiträge geht, den gleichen Staat als ihren lieben Partner bezeichnen, dem sie Fürbitte und wohlwollendes Gedenken widmet und der ihr bezahlt? Wenn die Kirche Freiheit, Eigenständigkeit, Wahrung des theologisch eigenen Wesens verlangt, so soll sie auch in Finanzdingen auf eigenen Füßen stehen und ihre Freiheit und Eigenständigkeit auch darin wahren.»

So weit der Herr Kirchenratspräsident. Ja, ja, wenn es um das liebe Geld geht! Paris vaut bien une messe. Hat man auch vorher den Trennungsgedanken gerühmt und festgehalten — heute, da einem eine so fette und so sichere Staatssubvention in Aussicht gestellt wird, kann man diesem Trennungsgedanken gern und gut einmal untreu werden. Kämen diese Vorwürfe von unserer Seite — mit schwerer Schelte würde man über uns herfahren. Nun aber ist es der Herr Kirchenratspräsident selbst, der den Synodalen, sicher aus bekümmertem Herzen, diese Vorwürfe macht; von ihm müssen sie sich's wohl sagen und gefallen lassen.

Zum Ganzen von uns aus noch eine kleine, aber nicht unwesentliche Ergänzung! Die Trennung ist seit 1911 geltendes Recht. Mit dem Trennungsgedanken ist jede staatliche Subventionierung unvereinbar. Nun geht unsere schlicht demokratische Rechtsauffassung dahin, dass man zuerst die Trennung als geltendes Recht durch eine neue Diskussion und eine neue Abstimmung eventuell ausser Kraft setzt und auf demokratisch rechtem Weg durch die Partnerschaft ersetze. Erst dann kann, jetzt also auf neuer Rechtsgrundlage, von Subventionen an die Kirchen gesprochen werden. Die Gruppe Fuchs will aber nicht nur von der Trennung selbst, sie will auch von dieser öffentlichen und darum eventuell gefährlichen Wiedererwägung nichts wissen. «Von der Trennung spricht kein Mensch mehr!», so hiess es irgendwo in den Berichten über die Wiedervereinigung. Werden mit der neuen Verfassung zugleich und implizite staatliche Subventionen an die Kirche beschlossen, so ist tatsächlich nach der Abstimmung jeder Versuch, die Trennung zu retten, aussichtslos geworden. Dann heisst es: «Jetzt ist es zu spät! Da hättet ihr früher aufstehen und zum Rechten sehen sollen. Mit den nun beschlossenen Subventionen ist die Trennung effektiv ausser Kraft und ausser Geltung gesetzt. Jetzt müsst ihr euch mit der neuen Sachlage und mit der Partnerschaft abfinden.»

So also soll der Bürger nicht nur vor ein demokratisch ganz unhaltbares *Fait accompli* gestellt, es soll auch durch dieses *Fait accompli* der Subventionen ein halbes Jahrhundert Trennungsgeschichte aus dem grossen Gang der Geschichte herausgestrichen und zunichte gemacht werden. Wir sind gespannt, ob der Bürger von Basel-Stadt, der sonst nicht eben auf den Kopf gefallen ist, die Bedrohung durch dieses «kirchenrechtliche» Manöver rechtzeitig erkennt und rechtzeitig ihm auch entgegentritt.

O m i k r o n

Das Feld der Ehre

(Antwort auf eine Zuschrift)

An Herrn Dr. G. S. in Salzburg

Sie haben Anstoss daran genommen, dass ich in meinem Rückblick auf die Gründung des «Schweizer Freidenkers» (Märznummer 1965 d. Bl.) das Schlachtfeld nicht als ein Feld der Ehre gelten liess, es im Gegenteil als Feld der Schmach und Schande und des unerhörtesten Verbrechens bezeichnet habe.

Sie fragen: «Meinen Sie nur das Schlachtfeld von 1914, auf das bekanntlich der *Vatikan* die Völker gehetzt hat — oder alle Schlachtfelder der Geschichte, auch Ihrer *Schweizer* Geschichte, der Sie zu verdanken haben, dass Ihre Vorfahren *für Sie* die Herrschaft der Habsburger abwehrten — oder hätten sie dies etwa nicht tun sollen?»

Darauf ist nun allerdings einiges zu sagen. Nehmen wir's der Reihe nach. *Der Vatikan*. Ich habe wirklich nicht die geringste Neigung, dessen politische Tätigkeit beschönigen zu wollen.

Über es drängen sich doch einige Fragen auf: Verfügt der Vatikan wirklich über die Macht, *Völker* in den Krieg zu treiben? — Sind es wirklich *Völker*, die einander den Krieg erklären? — Was muss man von *Fürsten* denken, die ihre Völker von dritter Seite aus in den Krieg hetzen lassen und nichts dagegen tun? — Sind sie, die von Gottes Gnaden, wirklich nicht imstande, ihre Völker vor äusseren Aufreizungen zu bewahren? Oder sahen sie am Ende die Hetze gar nicht so ungern? Hätte der Staat die Waffen nicht geschmiedet, so hätte die Kirche sie nicht segnen können. Aber lassen wir's gut sein, ist durch den Krieg doch auch der gemeine Mann dazugekommen, sich ehrenvoll niederknallen oder zerfetzen zu lassen und nicht im Bett eines banalen Todes sterben zu müssen.

Was die *alten Schweizer* anbelangt, so dürfen Sie, Herr Doktor, versichert sein, die sind nicht ausgezogen, um mit «Klingling, Bumbum und Tschingdada» Ehre einzuheimen. Da wusste jeder hinterste Mann, worum es ging; jeder kämpfte für die sarge heimatliche Scholle, die ihm fürstlicher Uebermut entreissen, für die Freiheit, um die ihn Machtgier betrügen wollte. Auch andere Völker haben sich in ähnlichen Nöten wie *ein* Mann erhoben.

Es gab aber von jeher auch Kriege, in die die Völker ziehen mussten, ohne dass eines jener hohen Güter in Gefahr gewesen wäre. Es ging um Machterweiterung, um Fürstenruhm. Da musste Kriegsstimmung künstlich erzeugt werden und man erfand *narkotisierende* Phrasen. Eine davon lautete: «Für König, Gott und Vaterland!» Und jetzt, wo wenigstens zwei dieser «Ideale» zu Idolen verblasst sind, muss man es mit einer andern Formel versuchen, und man erweckt in den jungen Kriegern den begeisterten Glauben, dass es eine grosse Ehre sei, auf dem Schlachtfeld als zeretzter Leichnam liegen zu bleiben. (Man stellt es ihnen selbstverständlich in anderer Beleuchtung dar!) Und folgerichtig nennt man das Schlachtfeld *das Feld der Ehre*.

Ich wiederhole: Narkotisierende Phrase!

Und ich wiederhole: Es ist eine Schmach und eine Schande für die ganze Menschheit, dass es noch Schlachtfelder gibt, heute, zu einer Zeit, wo die Technik, also der menschliche Geist, die Völker einander so nahegebracht hat, dass jedes vom andern wissen kann: Die da drüben sind ja Menschen wie wir, mit unsern Gefühlen, unserm Lebenswillen, unsern Bedürfnissen, unserm Streben, unserer Friedenssehnsucht. Keiner von ihnen hat uns etwas zuleide getan. Warum ihnen feind sein? Wozu Krieg!?

Heute geht durch die Welt der Ruf:

Brot für Brüder!

und zahllose gute Menschen tragen ihre Scherflein zusammen, um der Not zu begegnen.

Aber noch eine andere Stimme ist hörbar wie dumpfes Donnergrollen:

Tod für Brüder!

Aus tausend und tausend Waffenfabriken und chemischen Laboratorien heraus tönt sie, und unter dem Schall dieser Stimme kann von einem Tag auf den andern unsere Erde zu *einem* grossen Schlachtfeld werden, zum — *Feld der Ehre*.

E. Brauchlin

Die Literaturstelle empfiehlt:

Soeben erschienen:

Dr. Josef Rattner: Psychologie und Psychopathologie des Liebeslebens.

(Eine Einführung in die tiefenpsychologische Lehre von Sexualität und Liebe in ihrer gesunden und kranken Erscheinungsweise.) Fr. 24.—

Schlaglichter

Jesuitische Mätzchen

Wie unsere Leser wissen (vgl. Nr. 4 unter «Was halten Sie davon?») hatte an einer Versammlung des protestantischen Volksbundes im Aargau Professor Guggisberg, Bern, gegen die Aufhebung des Jesuitenartikels in der Bundesverfassung referiert. Darüber war unter anderem auch im «Aargauer Tagblatt» berichtet worden. Am 18. März erschien dann eine Leserschrift von katholischer Seite in derselben Zeitung, worin behauptet wurde, der Präsident des protestantischen Volksbundes, Pfr. M. Fiedler, Seon, hätte, um die starke Betonung der konfessionellen Gegensätze durch Professor Guggisberg zu mildern, einen Professor Bohnenblust aufgeboten, der für die Aufhebung des Jesuitenartikels eintrat.

Wie nun Pfr. M. Fiedler im «Aargauer Tagblatt» vom 13. April 1965 bekanntgibt, wurde seit jener Versammlung in Gontenschwil mit Professor Guggisberg vom protestantischen Volksbund keine andere Veranstaltung zur Frage des Jesuitenartikels durchgeführt, noch gibt es einen Professor Bohnenblust, der zu dieser Frage hätte Stellung nehmen können.

Der Einsender der Leserschrift vom 18. März — wie man hört ein katholischer Kirchenpflegepräsident — behauptete nachträglich, er habe mit dem von der Redaktion weggelassenen, ursprünglichen Titel «Eine unwahre Geschichte» andeuten wollen, dass seine ganze Einsendung nur ironisch gemeint sei. Diese fadenscheinigen Ausflüchte ändern nichts an der Tatsache, dass es sich hier um eine heimtückische Irreführung der Öffentlichkeit handelt, gegen die Pfr. M. Fiedler im Namen des Schweizerischen Protestantischen Volksbundes zu Recht protestiert. Er nennt die kirchenpräsidiale Einsendung treffend «ein modernes Beispiel typischer Jesuitenmoral».

Wenn schon bei einem ersten leisen Wellenschlag gegen die Aufhebung des Jesuitenartikels zu solchen unlauteren Mitteln gegriffen wird, fragt man sich, mit welcher Verlogenheit und Hinterlist auf katholischer Seite bei der Auseinandersetzung um den Jesuitenartikel noch zu rechnen ist. Schweizer, ihr seid gewarnt!

Argovius

Das Problem der Kindertaufe

Die christliche Taufe der Klein- und Kleinstkinder, die wir aus guten Gründen schon immer verurteilt haben, wird nun doch auch der Kirche selbst allmählich zum Problem. Meldungen von neuen Angriffen innerhalb der Kirche auf die Kindertaufe kommen in letzter Zeit besonders aus der anglikanischen Kirche in England. Bei einem Pfarrertreffen sprachen einige Geistliche den Wunsch aus, diese Taufe aufzugeben. Zwei anglikanische Pfarrer kündigten kürzlich öffentlich an, dass sie in ihrer Gemeinde keine kleinen Kinder mehr taufen werden. Langsam setzt sich die Enttäuschung über die vielen rein gewohnheitsmässigen und kirchlich fast bedeutungslosen Kindertaufen durch.

Auch in Deutschland schafft das Problem der Kindertaufe zunehmende Besorgnisse; alarmierend sind hier natürlich die Verhältnisse im Ostsektor. 1961 gab es hier noch 19 249 Kindertaufen, aber doch nur 8207 Konfirmationen; mehr als die Hälfte der getauften Kinder hat also die Kirche verlassen. Aus einem kirchlichen Originalbericht: «In einer Industriestadt hat eine intensive Besuchsaktion durch die Pfarrer, Katecheten und Gruppen aus der Gemeinde, in der die Eltern auf ihr bei der Taufe gegebenes Gelübde hin gebeten wurden, ihre Kinder nach Schulbeginn in die Christenlehre zu schicken, zu dem überaus schmerzlichen Ergebnis geführt, dass nur noch ein knappes Drittel dieser Eltern bereit waren, zu ihrem damaligen Versprechen zu stehen. Dies ist ein alarmierender Vorgang, der natürlich auch die Frage nach einer verantwortlichen Taufpraxis in ein neues Licht rückt.» O.